

Mitteilungsblatt 11.04.2020

Vorstand der FDP Hirschberg diskutierte online über die aktuelle Corona-Pandemie

Auch der Vorstand der FDP Hirschberg wird immer wieder von Hirschberger Bürgerinnen und Bürgern nach den Positionen der FDP in der aktuellen Pandemiesituation gefragt. Aus diesem Grund hat der Vorstand, u.a. ausgehend von einem Interview unseres Bundesvorsitzenden Christian Lindner, das am 01.04.2020 über Stern-Online veröffentlicht wurde, online über die wichtigsten Fragen diskutiert. Wir stehen hinter den Äußerungen unseres Bundesvorsitzenden (auszugsweise aus o.g. Interview):

Zur Notwendigkeit der aktuellen Maßnahmen:

„Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind die Maßnahmen notwendig. Und zum jetzigen Zeitpunkt ist der Zustand der Kontaktreduzierung auch verhältnismäßig. Wir haben das im Deutschen Bundestag mitgetragen. In den Ländern, in denen wir mit in der Regierung sind, haben wir die Maßnahmen auch mitkonzipiert. Aber dennoch sage ich: Wir brauchen jetzt keinen konkreten Zeitpunkt, aber eine Strategie, wie wir das alles wieder öffnen. Darin sehe ich die Aufgabe der Opposition: Wir müssen die Regierung kontrollieren, über die Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen wachen – und immer wieder darauf hinweisen, dass es ein Zustand ist, der nicht auf Dauer tragbar ist. Jeder Tag, an dem wir ein Stück weit mehr Freiheit haben, zählt. Mir fehlt eine Strategie, wie wir schrittweise in die Normalität zurückkehren können.“

„Und wir finden auch viele der Maßnahmen der Regierung richtig. Dennoch gibt es Vorschläge, was man noch besser machen kann. Etwa bei den wirtschaftlichen Hilfen. Und mit Blick auf die Öffnungsstrategie gibt es das Missverständnis, dass wir die Maßnahmen, deren Wirksamkeit sich ja noch nicht beweisen konnten, wieder zurücknehmen möchten. Das stimmt nicht. Wir wollen den Menschen aber eine Perspektive aufzeigen. Damit sie das Vertrauen haben, dass sie in ihrem Leben und ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit nicht länger eingeschränkt werden, als es wirklich nötig ist.“

zum Thema Eurobonds:

„Diese Forderung hatten er (Macron) und andere auch schon vorher. Gegenwärtig fehlt es doch keiner Regierung in Europa an Geld, um die Krise zu bewältigen. Es fehlt an Atemgeräten, Personal, Schutzkleidung. Diese Not gilt es zu lindern. Ich bin dafür, dass wir alles tun, um hier solidarisch zu sein. Woran es aber momentan nicht mangelt, ist Geld. Alle haben Zugang zu den Finanzmärkten und zahlen niedrige Zinsen. Warum gibt es also eine Diskussion über ein Instrument, das nicht benötigt wird und das einige schon vor der Krise gerne gehabt hätten, um die Haftungsrisiken ihrer Schulden auf andere zu verteilen?“

(Anmerkung FDP Hirschberg: Laut einem Interview mit Reiner Holznagel, Präsident des Bundes der Steuerzahler, mit der RNZ kann die EZB aktuell 750 Milliarden Euro, der ESM 400 Milliarden Euro sowie die Europäische Investitionsbank 40 Milliarden Euro zur Verfügung stellen. Die SPD fordert hingegen auch in Deutschland eine Sonderabgabe. Fragt sich nur, welcher Kurzarbeiter und welcher Selbständige diese momentan bezahlen könnten...?)

zum Thema Privat vor Staat:

„Der Staat muss stark sein als Schiedsrichter und bei Polizei, Gesundheit und so weiter. Aber Bürokratismus wie bei der Bonpflicht beim Bäcker und Missmanagement wie bei Berliner Flughäfen braucht keiner. Ich will damit sagen, es ist eine sehr komplexe Diskussion, und die einfachen Antworten sind deshalb noch lange nicht richtig.“